

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Lärmschutzbeirates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 13.09.2022
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:15 Uhr
Ort, Raum: Gemeinschaftsraum der Solztalhalle Kathus, Am
Rehgarten 9, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomas Bös

von der Bürgerinitiative "A4-Lärmschutz"

Herr Dr. Joachim Dähn

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Bernd Bürger

Frau Barbara Eckhardt

Herr Hans-Jürgen Schülbe

von der Bürgerinitiative "Bahnstreckenausbau Niederaula-Bad Hersfeld"

Herr Burkhard Behrendt

Schriftführer/in

Herr Michael Mai

Entschuldigt:

von der Bürgerinitiative "Ruhigeres Hersfeld-Stadtteile"

Herr Thomas Faßhauer

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Lothar Seitz

Herr Jörg Franke

Herr Lars Olaf Ullrich

vom Verein "Bündnis gegen Bahnlärm e. V."

Herr Gerhard Deiseroth

Herr Gerhard Klee

von der Bürgerinitiative "Unteres Geistal"

Herr Paul Niewerth

von der Bürgerinitiative "Bahnstreckenausbau Niederaula-Bad Hersfeld"

Herr Jens Ullrich

Tagesordnung:

1. **Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
2. **Protokollkontrolle vom 21.06.2022**
3. **Straßenverkehrsordnung gesetzliche Grundlagen und Möglichkeiten**
4. **Lärmaktionsplanung, Vorbereitung 4. Eingaberunde**
5. **Masterplan Mobilität, Ergebnisse und Umsetzung (Herr Michael Mai)**
6. **Stand „parlamentarische Befassung“ zur Neubaustrecke ICE**
7. **Verschiedenes**

zu 1 **Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Stellvertretend für Herrn Faßhauer übernimmt Herr Thomas Bös den Vorsitz und die Leitung der Beiratssitzung.

Mit 6 von 13 anwesenden Mitgliedern ist die Beschlussfähigkeit nicht erreicht. Die Sitzung wird im Einvernehmen der anwesenden Mitglieder fortgeführt.

Herr Bös stellt die Agenda vor. Unter dem TOP Verschiedenes werden von den Anwesenden keine weiteren Themen ergänzt. Vor der Sitzung sind keine Einwände und keine ergänzenden Themen eingegangen

Beschluss:

Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

zu 2 **Protokollkontrolle vom 21.06.2022**

Frau Eckhardt bittet, dass Sie das Protokoll ergänzend auf dem Postweg erhält. Der Sitzungsdienst wird von Herrn Mai informiert.

Ergänzend zum vorliegenden Protokoll vom 21.06.2022 weist Herr Bös darauf hin, dass zum **TOP 4 in der Beschlussfassung zur Thematik „ICE-Strecke“** keine Fragen zum benannten Stichtag 24.7.2022 aus den Reihen der Mitglieder und der Verwaltung beim Vorsitzenden, Herrn Faßhauer eingereicht wurden.

Beschluss:

Das Protokoll vom 21.06.2022 wird einstimmig verabschiedet. Änderungs- und Ergänzungsanträge sind bis Sitzungsbeginn beim Vorsitzenden nicht eingegangen.

zu 3 **Straßenverkehrsordnung gesetzliche Grundlagen und Möglichkeiten**

Herr Reinhardt, Fachbereich Ordnungsdienste, lässt sich entschuldigen. Eine inhaltliche Vorbereitung war aufgrund der Einladung, die in den Zeitraum seines Urlaubs fiel, nicht möglich. Der Sitzungstermin ist zwei Tage nach seiner

Urlaubsrückkehr angesetzt.

Herr Dähn hat Herrn Reinhardt bereits für den nächsten Sitzungstermin angefragt und wird dazu wieder eingeladen.

Vorbereitend auf den **nächsten Sitzungstermin am 18.10.2022** werden die **Mitglieder des Lärmschutzbeirates dazu aufgefordert** Fragen an den Vorsitzenden einzureichen, die vorab an Herrn Reinhardt gesendet werden.

Beschluss:

Der TOP wird auf die Agenda der nächsten Sitzung, am 18.10.2022, gesetzt.

zu 4 Lärmaktionsplanung, Vorbereitung 4. Eingaberunde

Herr Dr. Dähn erläutert die gesetzlichen Grundlagen und behördlichen Zuständigkeiten auf denen die Regierungspräsidien in Hessen einerseits ihre Öffentlichkeitsbeteiligung organisieren und andererseits die Eingaben beurteilen.

Die Einordnung der durch Straßenverkehr verursachten Lärmemissionen für die Kreisstadt Bad Hersfeld erfolgt rein durch Berechnungsverfahren. Die Ergebnisse der Berechnungen werden kartiert und sind im „Lärmviewer“ auf der Webseite [„https://laerm.hessen.de“](https://laerm.hessen.de) einsehbar.

In den vergangenen Jahren wurden in mehreren Runden zur Öffentlichkeitsbeteiligung Lärmkonfliktkonfliktpunkte (LKP) vom Lärmschutzbeirat und den Bürgerinitiativen für Bad Hersfeld benannt. Diese sind vom RP Kassel im Lärmaktionsplan 2019 für Nordhessen gelistet. In einer Stellungnahme zum Sachstand der Bewertungen und ggfs. beschlossener Maßnahmen wurden die LKP vom RP Kassel 2021 kommentiert.

Als Arbeitsgrundlage für die vom RP Kassel angekündigte Novellierung des Lärmaktionsplanes im Jahr 2023 hat die Verwaltung nachstehende Dokumente vorbereitet, die Ihnen bereits übermittelt waren:

- GIS-basierte Kartierung der bereits benannten LKP (2019). Mit der Kartierung entsteht in Ergänzung der Tabellenwerke eine Übersicht zur Lage der Lärmkonfliktpunkte.
- Eine neue tabellarische Listung der LKP, in der die Stellungnahmen und Kommentare von Behörden zur Annahme oder Ablehnung beantragter Maßnahmen zur Lärminderung ergänzt sind.

Herr Dr. Dähn und Herr Bös haben sich vorbereitet auf die heutige Sitzung mit den Dokumenten und der Bewertung des Sachstands befasst. Die Arbeitsphase ist noch nicht abgeschlossen und wird fortgesetzt. Die komplette Bewertung wird rechtzeitig vor der nächsten Sitzung des LSB am 18.10.22 allen Mitgliedern zur Kenntnisnahme und Ergänzung vorgelegt werden, so dass sie beschlossen werden kann. Der Vorstand des Lärmschutzbeirates kommt aber bereits vorab zu dem Ergebnis, dass weiterhin alle bisher benannten LKP ihre Relevanz unvermindert behalten und erneut für die geplante Novelle beim RP Kassel eingereicht werden sollen.

Herr Dr. Dähn fordert, dass die Behörden und die Politik unermüdlich auf die unzureichenden Praktiken der Lärmemissionsberechnungen und der daraus ermittelten Betroffenheitszahlen hingewiesen werden müssen.

Aus diesem Grund sollen örtliche Messergebnisse von Verkehrsaufkommen, Geschwindigkeiten und Lärm die tatsächliche Belastung der Anwohner dokumentieren. Argumentationspapiere müssten zukünftig noch stärker auf faktenbasierende Daten gestützt werden. Die bisherige Installation von Messeinrichtungen soll – soweit noch nicht erfolgt - im Bereich der bereits definierten LKP ausgebaut werden. Er empfiehlt der Verwaltung den Ausbau z.B. im Bereich Dippelstraße und Wehneberger-Straße und erweitert auch im Stadtring, in dem sich bisher nur in der Reichstraße eine Umweltmessstation befindet. Herr Mai erklärt, dass im Zuge des Projekts „Light as a Service“ auch drei Umweltmessstationen in diesem Bereich und Stadtring geplant sind. Speed-Displays und ggf. Tempo 30 wären auch für das Lappenlied und den alten Kirchweg sinnvoll.

Im Zuge der Digitalisierung würden sich immer mehr Städte und Gemeinden mit der Aufnahme realer Messwerte befassen, so auch jüngst neun Gemeinden aus dem Schwalm-Eder-Kreis, die entlang der A49 und der A44 die Lärmbelastigungen der Anwohner kontinuierlich aufzeichnen und mit den Ergebnissen an die Politik herantreten werden, berichtet Herr Dr. Dähn. So entstünde zunehmend eine Allianz betroffener Städte/Gemeinden, die mit Argumenten und breiter Faktenlage auftreten und eine neue Bewertungspraxis – schon 2023 im beginnenden Landtagswahlkampf in Hessen - einfordern werden.

Aus der Diskussion der Beiratsmitglieder und anwesenden Gäste wurden folgende Punkte festgehalten:

- Herr Behrendt weist auf einen Bericht des HR zu einer Gruppe „Poser“ des Polizeipräsidiums Kassel hin. Diese Arbeitsgruppe der Polizei ist speziell dazu ausgebildet und unterwegs Fahrzeuge mit manipulierten Auspuffanlagen aus dem Verkehr zu ziehen. Einmal die Anzahl der geahndeten Fälle und auch die Lautstärke, die solche Fahrzeuge verursachen zeigen den Bedarf einer solchen Arbeitsgruppe. Der Vorstand des LSB soll beraten, ob er dem Magistrat vorschlägt, nach den Erfahrungen des Polizeipräsidium Bad Hersfeld dazu im Stadtgebiet und ggfs. um den versuchsweisen Einsatz einer Kontrollgruppe zu bitten. Auch wenn wenige Beschwerden von Anwohnern aus der Kreisstadt Bad Hersfeld vorliegen sollten, zeigt das Ergebnis aus Kassel den präventiven Effekt.
- Herr Eidam weist darauf, dass an den Straßen um den Edersee Lärmanzeigen installiert sind, die Verkehrsteilnehmer auf die Lärmstärke hinweisen.
- Herr Bös benennt die sogenannten Lärmblitzer (Anlage), die zu fahrende Verkehrsteilnehmer mit einer zu hohen Lärmentwicklung (Tuning?) blitzen und melden.
- Die Verwaltung wird gebeten nach verfügbaren Modellen und Anschaffungskosten (Lärmanzeigen/Lärmblitzer) zu recherchieren.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht von Herrn Dr. Dähn wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Masterplan Mobilität, Ergebnisse und Umsetzung (Herr Michael Mai)

Das Leitbild des Masterplans Mobilität & Verkehr liegt im Entwurf vor und wurde als Zwischenstand von der Methodik und auszugsweise im Inhalt vorgestellt. Das Leitbild enthält in derzeitiger Fassung allgemeine Anforderungen zu den Schwerpunkten

- Inklusion –gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen
- Lebenswerte Stadt – weg von der autogerechten Stadt
- Nutzerzentrierung – im Verkehrsraum und Mobilitätsangebot
- Klima- und Umweltschutz – Unterstützung des Ziels Klimaneutralität 2035
- Stadt- und Standortattraktivität – für Anwohner, Besucher, Unternehmen, Arbeitnehmer

Die Leitlinien sollen zusammenfassend zukünftig in eine Verkehrsreduzierung und -lenkung, eine gleichberechtigte Aufteilung des Verkehrsraumes und einem bedarfsgerechten ÖPNV-Angebot münden.

Das Leitbild ist ein Teilergebnis aus dem Masterplan. Weitaus umfangreicher sind die Maßnahmenvorschläge kategorisiert und gestaltet, die sich ebenfalls noch in der Arbeitsphase bei Benz + Walter, Wiesbaden, befinden. Ergänzend zum Entwurf des Leitbildes stellt Herr Mai auch kurz den Arbeitsstand der Struktur und des Umfangs von konkreten Maßnahmenvorschlägen vor. In den Maßnahmenvorschlägen sind u.a. auch die Themen zur Lärm- und Emissionsminderung benannt.

Der Entwurf des Leitbildes hat der Magistrat am 12.9.2022 zur Kenntnis genommen, allerdings noch nicht verabschiedet. Deshalb wird zu diesem TOP keine Präsentation beigelegt.

Der Lärmschutzbeirat wird über den Arbeitsstand fortlaufend informiert und erhält nach Verabschiedung des Gesamtdokuments durch die städtischen Gremien eine finale Fassung des Masterplans Mobilität & Verkehr für die Kreisstadt Bad Hersfeld.

Beschluss:

Der Sachstandsberichts von Herrn Mai wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Stand „parlamentarische Befassung“ zur Neubaustrecke ICE

Herr Bös teilt mit, dass der Vorstand des LSB das nächste Beteiligungsforum 11.November 2022 für gezielte Fragen an Herrn Stüting nutzen will. Der ursprünglich vorgesehene Termin für die Befragung von Herrn Stüting im Rahmen der Ausschusssitzung Stadtplanung, Klima und Umwelt fiel aufgrund der fehlenden Vorbereitung aus. **Für den Novembertermin bittet Herr Bös die Mitglieder des LSB nochmals darum Fragen bis zum 18.10.2022** einzureichen. Die Mitglieder des LSB können sich bzgl. möglicher Lärmschutzmaßnahmen entlang der Strecke am Argumentationspapier der Verwaltung orientieren. Einsehbar per Download unter nachstehendem Link:

[öffentliche Sitzung des Lärmschutzbeirates vom 13.09.2022](https://www.bad-</p></div><div data-bbox=)

Ergänzend soll zwischen Verwaltung und Vorstand des LSB ein Gespräch terminiert werden, um darauf aufbauend einen gemeinsamen Fragenkatalog abzustimmen.

Herr Dr. Dähn erläutert, dass die DB Netz AG die Vorplanung für die Trassenführung mit einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung abstimmen will und darauf den Prozess des nachfolgenden Planfeststellungsverfahrens vorbereitet. Aus den Anforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung werden sich zu den bisher kalkulierten Baukosten erwartungsgemäße Mehrkosten ergeben. Mehrkosten können sich aus Forderungen zu Details im Trassenverlauf, der baulichen Ausgestaltung von Lärmschutzmaßnahmen etc. ergeben. Für Maßnahmen die sich u.a. technisch machbar und wirksam herausstellen, stellt die DB Netz AG Mehrkosten zusammen, über deren Bewilligung der Bundestag mit einer **parlamentarischen Befassung** entscheidet. Als Beispiel verweist Herr Dr. Dähn auf die Bahnstrecke entlang der Stadt Gelnhausen, bei der Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe bewilligt wurden.

Herr Dr. Dähn weist abschließend darauf hin, dass seitens der Öffentlichkeitsbeteiligung ggfs. eigene Planungen oder Machbarkeitsstudien vorgelegt werden müssen, damit vorgeschlagene Alternativen zum Trassenausbau, zur Ausgestaltung des Lärmschutzes und zu den Anschlussmöglichkeiten des Regionalverkehrs eine zu priorisierende Gewichtung im Planungsprozess der DB Netz AG erhalten.

Dazu wurde vom Aktivbündnis für Waldhessen eine entsprechende Beschlussvorlage (Anlage) erarbeitet, die allen Kommunen in der nächsten Bürgermeister-Dienstversammlung vorgestellt werden wird. Danach können von ihnen entsprechende Vorschläge zum Lärmschutz und dem Ausbau der Bahn-Infrastruktur für das Gesamtpaket von Maßnahmen eingebracht werden.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht von Herrn Bös und Herrn Dr. Dähn wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Verschiedenes

Es wurden keine Themen eingebracht.

gez. Dr. Joachim Dähn
und Thomas Bös
Stellv.Vorsitzende

gez. Michael Mai
Protokollführer